

Stand: 20.04.2026 06:34:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/211

"Kohleausstieg jetzt umsetzen: Erneuerbare Energien schnell ausbauen, CO2 einen gerechten Preis geben"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/211 vom 30.01.2019
2. Beschluss des Plenums 18/249 vom 31.01.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 31.01.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülsenen Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Kohleausstieg jetzt umsetzen:
Erneuerbare Energien schnell ausbauen, CO₂ einen gerechten Preis geben**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Am 26.01.2019 wurden die Vorschläge der Kohlekommission (Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung) in großer Einigkeit beschlossen.

In Bayern gilt es jetzt vor allem den Ausbau der erneuerbaren Energien wieder voranzubringen, nachdem dieser in den letzten Jahren in Bayern massiv eingebrochen ist. Auch aus Gründen der Versorgungssicherheit soll der Anteil des in Bayern regional erzeugten Stroms aus erneuerbaren Energien gesteigert werden. Der Landtag erwartet von der Staatsregierung, dass umgehend ein Konzept zum raschen Ausbau der erneuerbaren Energien erarbeitet wird.

Damit der Ausbau der erneuerbaren Energien kostengünstig gelingt, ist es sinnvoll, den Vorschlag der Kohlekommission aufzugreifen und die Energiebesteuerung zu reformieren. Das derzeitige System der Steuern, Abgaben, Entgelte und Umlagen im Energiebereich hemmt durch die überproportionale Belastung von Strom im Vergleich zu anderen Energieträgern die Sektorkopplung und die Nutzung bestehender und neuer Flexibilitätsoptionen wie Power-to-Gas, Wasserstoff und Speicher.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Vorschläge der Kohlekommission auf allen Ebenen zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auch für eine CO₂-Bepreisung in den Bereichen einzusetzen, die bisher nicht vom Emissionshandel erfasst werden. Damit können diese Sektoren zukünftig einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten und gleichzeitig ein weiterer Anreiz zur Nutzung der Flexibilitätspotenziale von Power-to-X-Anlagen geschaffen werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese Reform zügig, sozial verträglich und aufwandsneutral umgesetzt wird. Sie soll an der raschen Umsetzung der Vorschläge der Kohlekommission mitwirken und allen Bestrebungen einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke eine endgültige Absage erteilen.

Begründung:

Mit der Einigung der Kohlekommission am 26.01.2019 hat der Ausstieg in den Ausstieg aus der Kohleverstromung begonnen. Damit wurde endlich dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung Rechnung getragen und eine jahrelange gesellschaftliche Debatte wenigstens zu einem Zwischenergebnis geführt. Die Einigung ist grundsätzlich positiv zu bewerten, wenn gleich allen Klimaschützerinnen bzw. Klimaschützern bewusst ist, dass damit das 1,5 Grad Ziel nicht erreicht werden kann.

Trotzdem gilt es jetzt im Interesse dieser und zukünftiger Generationen den Vorschlag zügig umzusetzen, da nur ein umgehender Beginn von echten Klimaschutzmaßnahmen die Einhaltung der Ziele von Paris möglich macht. Dies gilt für alle Ebenen. In Bayern geht es in erster Linie darum, den Ausbau der erneuerbaren Energien wieder in Schwung zu bringen. Der Ausbau der Photovoltaik hat schon vor fünf Jahren in Bayern einen gewaltigen Rückschlag erlebt. Bei der Windenergie ist seit Jahren der Ausbau praktisch gestoppt. Die Umstellung der Biogasanlagen auf einen flexibleren Einsatz ist noch deutlich steigerungsfähig. Pumpspeicherprojekte liegen auf Eis. Hier muss ein Neustart erfolgen, auch um den Anteil des in Bayern erzeugten Stroms wieder zu erhöhen. Die Gründung einer „Energiewende-Bayern-Kommission“ nach dem Vorbild der Kohlekommission des Bundes kann dazu ein sinnvolles Projekt sein.

Von elementarer Bedeutung ist es, die Belastung verschiedener Energieträger nach den Maßstäben der Klimaschädlichkeit neu zu organisieren. Zum einen ist festzustellen, dass Strom mit vergleichsweise vielen und hohen Abgaben belastet wird, obwohl mittlerweile über 40 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien stammt, während beispielsweise Heizöl und Erdgas mit vergleichsweise niedrigen Steuern belegt ist. Zum ändern führen die derzeit niedrigen Preise für CO₂-Zertifikate dazu, dass der wesentlich klimaschädlichere Braunkohlestrom sich am Strommarkt gegen die klimafreundlicheren Gaskraftwerke durchsetzt. Die Konsequenz sehen wir seit Jahren in Irsching, wo moderne, hoch-effiziente Gaskraftwerke in der Konkurrenz gegen den Import von billigen Braunkohlestrom keine Chance haben.

Die Kohleverstromung ist deutschlandweit für rund ein Viertel der gesamten CO₂-Emissionen verantwortlich. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass auch für die Bereiche Verkehr und Wärme, die noch nicht über das CO₂-Zertifikatesystem erfasst sind, ein Anreiz zur Einsparung von Treibhausgasen über eine CO₂-Bepreisung gesetzt wird.

Daher ist es wichtig, die von der Kohlekommission vorgeschlagene Reform der Energiebesteuerung und der CO₂-Bepreisung rasch anzugehen. Sie bietet darüber hinaus die Möglichkeit den Kohleausstieg über marktliche Rahmenbedingungen umzusetzen und kann der öffentlichen Hand viele Entschädigungszahlungen ersparen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/211

Kohleausstieg jetzt umsetzen: Erneuerbare Energien schnell ausbauen, CO₂ einen gerechten Preis geben

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Gerd Mannes

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Albert Duin

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Staatssekretär Roland Weigert

Abg. Florian von Brunn

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kohleausstieg jetzt umsetzen: Erneuerbare Energien schnell ausbauen, CO2 einen gerechten Preis geben (Drs. 18/211)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Sandro Kirchner, Walter Nussel u. a. (CSU)

Energiepolitisches Dreieck für Bayern wahren - Versorgungssicherheit,

Bezahlbarkeit, Umweltfreundlichkeit (Drs. 18/228)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kohlekommission hat nach mehreren Tagungen am Samstagmorgen einen Abschlussbericht vorgelegt. Der Einstieg in den Ausstieg aus der Kohleverstromung ist vollzogen. Wir haben eine Reduktion auf 15 Gigawatt Braunkohle und auf 15 Gigawatt Steinkohle. Die Ziele von Paris werden damit zwar noch nicht erreicht, aber es ist trotzdem eine Zäsur geschafft: Das ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle. Das ist das Ende des fossilen Energiezeitalters. Das ist tatsächlich ein Paukenschlag, der hier am Samstagmorgen in Deutschland erschallt ist. Die Tür ist zugeschlagen. Das alte Energiesystem ist zusammengestürzt, und das ist gut so!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manche haben das noch nicht verstanden, wie eine Pressemeldung zeigt, wonach die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft eine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke fordert. – Nein, die Tür zum alten Energiesystem ist zu!

Auch unser Ministerpräsident Söder muss das verstehen; er fragt nämlich: Keine Atomkraft, keine Kohle, wo soll der Strom denn herkommen? – Ja, Herr Söder, das kann ich Ihnen sagen: Der Strom des 21. Jahrhunderts muss aus den erneuerbaren Energien kommen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wird deshalb höchste Zeit, dass Bayern die Tür für Sonne und für Wind öffnet und dieses Riesenpotenzial in unserem Land endlich hebt. Die 10-H-Regelung muss endlich weg.

(Tobias Reiß (CSU): Versorgungssicherheit! Was ist damit?)

Gestern wurden in Wertingen im Landkreis Dillingen im Stadtrat auf Initiative der CSU-Stadtratsfraktion alle Vorrangflächen für Windkraft gelöscht. Das ist mit dem Hinweis auf die 10-H-Regelung begründet worden. Hier sehen Sie, was Ihre 10-H-Regelung verursacht. Landesweit werden Vorrangflächen gestrichen. Das darf es nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Jetzt gilt es also, die Tür für die erneuerbaren Energien weit zu öffnen. Das neue Energiesystem braucht Speicher. Das Steuern- und Abgabensystem hängt immer noch in der alten Welt fest. Die erneuerbaren Energien sind aber unschlagbar günstig. Power-to-Gas wandelt Strom in Treibstoff um, in den Treibstoff der Zukunft. Die Sektorkopplung ermöglicht die Substitution von Öl und Gas. Aber all das funktioniert nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir ein Level Playing Field haben, wenn wir gleichwertige Wettbewerbsbedingungen auch für die erneuerbaren Energien haben, damit die erneuerbaren Energien nicht mit Bleigewichten an den Füßen im Boxkampf mit den fossilen Energien stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn Strom ist heute 25 Mal höher besteuert als Heizöl. Wer steigt da von seinem Auto auf Elektromobilität um? Wer steigt da von seiner Ölheizung auf Wärmepumpen um? Das muss sich ganz klar ändern. Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, brauchen wir einen CO₂-Preis, der die wahren Kosten der Treibhausgase darstellt, der umweltfreundliches Verhalten belohnt, und zwar aufwandsneutral und sozialverträglich. Die Schweiz macht es vor. So können wir unsere Klimaziele erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen Sie die Chance wahr! Stoßen Sie die Tür auf, Staatsregierung, hin zu einem neuen Energiesystem! Unterstützen Sie die Vorschläge der Kohlekommission! Schneiden Sie endlich die alten Zöpfe des alten Energiesystems ab! Es wird höchste Zeit für echten Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Kollege Stümpfig. – Das Wort hat nun der Kollege Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ein Meilenstein in der Energiepolitik ist erreicht. Die beschlossene Empfehlung der Kohlekommission sieht das Abschalten aller Kohlekraftwerke bis 2038 vor. Wir begrüßen diesen zukunftsprägenden Entschluss ausdrücklich und betrachten ihn als einen vernünftigen, zielführenden Kompromiss. Dieser Schritt ist aber auch ein klares Bekenntnis zur Energiewende und bedeutet einen enormen Schub für erneuerbare Energien. Diese gewinnen mit Auslaufen der Kohlekraftwerke und mit dem finalen Ausstieg aus der Atomkraft eine prioritäre Bedeutung. Die Abkehr und Ersetzung, meine Damen und Herren, von fossilen Energieträgern ist für uns Bestandteil einer innovativen Energiepolitik. Wir wollen unsere Energiezukunft nachhaltig gestalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir erwarten nun einen klaren und geordneten Fahrplan mit einem sozialverträglichen Kohleausstieg in den betroffenen Gebieten und Regionen, der die Versorgungssicherheit, ganz speziell hier in Bayern, gewährleistet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Diese große Chance gilt es nun schnellstmöglich zu nutzen. "Raus aus der Kohle" heißt "Rein in die Energiewende vor Ort", eine Energiewende, die auch die Bürger mitnehmen muss. Kommunen und Bürger können diese Energiewende in den Regionen aktiv mitgestalten. Bayerns Bürger und Unternehmer, meine Damen und Herren, brauchen Versorgungssicherheit und bezahlbare Strompreise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sehen in einer möglichst regionalen und dezentralen Energieversorgung eine große Chance für die Wertschöpfung vor Ort. Bayern muss die Heimat der Energieversorgung von morgen sein, so steht es in unserem Koalitionsvertrag. Wir wollen in Bayern so viel Energie wie möglich in den Regionen produzieren. Denn wir wissen: Sonne, Wind und Wasser stellen keine Rechnung. Das heißt, unser Fokus liegt auf Windkraft, auf der Abschaffung der Ausbauhemmnisse bei den Möglichkeiten der Photovoltaik, auf regionalen Gaskraftwerken und auf intelligenten Speichertechnologien. Wir können somit wirtschaftliche Entwicklung und Klimaziele unter einen Hut bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht in die richtige Richtung. Wir sind in vielen Punkten im Gleichklang. Auch der Vorschlag, die Stromsteuer zu senken, ist unterstützenswert. In folgenden Punkten aber, meine Damen und Herren, sind wir nicht konform:

Erstens. Wir sagen Nein zur CO₂-Bepreisung. Ein rein nationales oder auch europäisches CO₂-Bepreisungssystem würde vor allem die deutsche energieintensive Industrie im Vergleich zu ausländischen Unternehmen belasten.

Zweitens. Die geforderte Erarbeitung eines Konzepts zum raschen Ausbau der erneuerbaren Energien ist bereits in Umsetzung.

Drittens. Weitere Gremien, wie Sie sie fordern, zum Beispiel die Kommission zur Energiewende in Bayern nach dem Vorbild der Kohlekommission, sind indes nicht mehr erforderlich. Aus diesem Grund lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unter diesem Aspekt haben wir gleichzeitig einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Unser Ziel, meine Damen und Herren, lautet, ein energiepolitisches Dreieck für Bayern zu gewährleisten und zu wahren mit den Eckpunkten Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltfreundlichkeit. Hierfür bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bleiben Sie bitte am Pult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst hat sich der Kollege Müller von der AfD gemeldet. – Sie haben das Wort.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Zum Herrn Kollegen Stümpfig: Herr Stümpfig, wir hören immer wieder Ihre mantrahaft vorgetragene Ideologie von Sonne und Wind. Nur hören wir – der Vorredner hat es eben angesprochen – nichts zu den Themen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und letzten Endes auch ideologische Verträglichkeit.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, die Zwischenbemerkung richtet sich an den Redner, der die letzte Rede vor der Intervention gehalten hat. Das ist

eine Intervention betreffend einen Redebeitrag des Redners am Pult. Deswegen richtet sich die Intervention an diesen Redner, nicht an andere Abgeordnete des Hauses.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Dann kann ich darauf nicht erwidern. Das tut mir dann leid.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Reden Sie weiter? Ist Ihre Zwischenbemerkung beendet?

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Dann ist sie beendet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön.

(Klatschen bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN)

Wenn Sie darauf nicht antworten wollen, kommt eine zweite Intervention des Kollegen Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Der Kollege war etwas spät dran, aber ich glaube, auf den Redebeitrag können wir alle verzichten.

(Lachen bei den GRÜNEN – Klatschen bei den GRÜNEN)

Herr Ludwig, wir haben letzte Woche im Wirtschaftsausschuss einen Antrag zum Thema "Solarkraft stärken" gestellt. Den haben Sie abgelehnt. Heute stellen Sie sich wieder hin und sagen: Jawohl, wir müssen im Bereich Photovoltaik ausbauen, wir müssen die erneuerbaren Energien ausbauen. 10 H – das habe ich in meiner Rede schon erwähnt – ist wirklich ein Riesenproblem in Bayern. Da wird das Potenzial in keiner Weise ausgeschöpft. Unser Antrag letzte Woche zu PV zielte auf die Feststellung, dass wir deutschlandweit mehr Photovoltaik brauchen. Sie sollten sich dafür einsetzen, dass das Ziel in Deutschland hochgesetzt wird. Sie sollten sich dafür einsetzen,

zen, dass die Einschnitte, die jetzt beschlossen wurden, wonach die Vergütungssätze für Photovoltaikanlagen bis 750 Kilowatt um 15 % sinken, nicht vollzogen werden. Sie sollten sich dafür einsetzen, dass endlich der Ausbaudeckel bei der Photovoltaik bei 52 Gigawatt, den wir wahrscheinlich bereits kommendes Jahr erreichen, abgeschafft wird. Das haben Sie alles abgelehnt. Heute stellen Sie sich hin und sagen: Wir sind doch für die erneuerbaren Energien. Wir sind für deren Ausbau. – Das ist Blabla. Da steckt überhaupt nichts dahinter. Wir wollen Taten sehen. Sie müssen jetzt endlich anfangen, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern und hier konsequent nach vorne zu gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Lieber Herr Stümpfig, ich glaube, man muss hier deutlich unterscheiden. Die Anträge, die wir im Wirtschaftsausschuss behandelt haben, haben eine ganz individuelle Note.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Ja, die haben eine ganz individuelle Note. Da müsste man ausdrücklich die Hintergründe und die Details kennen. Wir vermitteln heute unsere Grundsatzausrichtung, und dazu stehen wir.

Soweit Sie die 10-H-Regelung ansprechen, hat Ihnen mein Kollege Manfred Eibl bereits die richtige Antwort gegeben. Das kann ich nur noch mal unterstreichen und untermauern.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Blabla!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Klaus Holetschek von der CSU.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stümpfig, es ist halt wieder ein Antrag, der eigentlich keine Substanz hat.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Ja, es ist halt so. Lesen Sie ihn halt einfach mal durch.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): 99 Seiten! Haben Sie die mal gelesen?)

In der Sache haben wir in vielen Punkten die gleiche Meinung. Sie verkennen aber, dass Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltfreundlichkeit tatsächlich ein Dreiklang sind. Sie verkennen in der Debatte immer wieder – und das hat der Ministerpräsident richtig gesagt –, wenn man heute gleichzeitig aus Kernenergie und Kohle aussteigt und vielleicht auch noch den Netzausbau in Zweifel zieht, dass sich dann natürlich die Frage stellt, wie wir eine gelingende Energiewende gemeinsam hinkriegen. Es ist völlig richtig, wenn der Ministerpräsident noch mal deutlich macht, dass wir für Bayern genau diese wollen und dass Versorgungssicherheit und Preisstabilität sowohl für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land als auch für die Wirtschaft wichtig sind.

Wissen Sie, warum dieses Land die Wende von der Landwirtschaft zur Industrialisierung geschafft hat? – Weil der Energiepreis der Treibstoff der Wirtschaft ist und weil der Energiepreis tatsächlich dazu beigetragen hat, dass Industrie sich hier niedergelassen hat und dass die Wirtschaft hier Stabilität und Planungssicherheit vorgefunden hat. Das müssen wir der Wirtschaft wieder bieten.

(Beifall bei der CSU)

Verstehen Sie, das ist alles schön und gut, wenn wir heute jeden Tag ein anderes Thema forcieren, aber die Unternehmen überlegen, wo die Standorte der Zukunft in Europa sind.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wir müssen wieder dazu kommen, dass diejenigen, die dafür sorgen, dass wir hier Wohlstand und Arbeitsplätze haben, uns vertrauen und Sicherheit haben. Es ist eine Kernaufgabe der Politik, hier die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut, Herr Beauftragter!)

Deshalb will ich Ihnen noch mal ganz deutlich sagen: Wir setzen auf Dezentralität, wir setzen auf Regionalität. Wir sind beim Thema erneuerbare Energien mit 45 % auch schon gut dabei. Wir haben im Koalitionsvertrag klare Aussagen getroffen, was wir in der Zukunft wollen. Staatsminister Aiwanger hat inzwischen einen Energiegipfel einberufen. An dem Thema Energiewende 2.0 wird intensiv gearbeitet. Da gibt es kein Defizit. Der Unterschied ist bloß: Wir wollen es nicht zulasten derer, die hier Unternehmer sind und die dafür sorgen, dass unser Land in eine gute Zukunft geht. Das muss ausgewogen sein. Das ist das Ziel, das wir gemeinsam verfolgen.

Und immer wieder das Herumreiten auf der 10-H-Regelung. Ja, um Gottes willen! Verstehen Sie es doch einmal: Es war eine Abwägung zwischen den Interessen der Energieversorgung und der Menschen draußen, die gesagt haben: Wir wollen zwar Windenergie, aber wir wollen diesen Spargel nicht direkt vor unserer Haustür, sondern in einem gewissen Abstand. Das war das Ziel.

(Beifall bei der CSU – Rosi Steinberger (GRÜNE): – Jürgen Mistol (GRÜNE): Keiner macht es!)

Herr Kollege Stümpfig, die Kommune kann es heute ja tun, mittels eines Bebauungsplans. Auch ich war zwölf Jahre Bürgermeister in einer Stadt. Das ist vielleicht ein mühsamer Weg, aber im Kern ist es der richtige, weil es dazu führt, die Bürger zu beteiligen und einen Konsens vor Ort herbeizuführen.

(Beifall bei der CSU)

Also, wenn ich es ernst meine – und das ist doch Ihr Ansatz, die Bürger mitzunehmen und zu beteiligen –, dann kann ich nach wie vor das Ziel erreichen, aber ich muss mir die Mühe machen, sie zu überzeugen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Warum macht es dann keine Gemeinde?)

Deswegen nützt es aus meiner Sicht nichts, dauernd auf dieser 10-H-Reglung herumzureiten.

Wir müssen das Thema Gaskraftwerke angehen. Wir brauchen dort ein neues Marktdesign, damit wir auch die Rentabilität und Wirtschaftlichkeit dieser Kraftwerke erhöhen und sie in das Gesamtenergiekonzept einbinden. Hier sind wir, glaube ich, auf einem guten Weg, aber auf einem Weg, auf dem wir alle darauf achten wollen, dass der Bund das Thema tatsächlich so gestaltet, dass der Süden nicht auf der Strecke bleibt, wenn im Norden der Wind und im Osten und Westen die Ausgleichszahlungen für die Kohle thematisiert werden. Wir müssen schauen, dass wir in Bayern und im ganzen Süden dieser Republik diese Dinge vernünftig angehen.

Ich bin froh, dass wir auf erneuerbare Energien setzen. Ich bin aber auch froh, dass wir im Koalitionsvertrag klar festgelegt haben, dass das nur im Zusammenhang und synchron mit einem Netzausbau und intelligenten Steuerungssystemen geht. Das ist ein ganz zentrales Thema, das wir hier aufgreifen und das wir auch umsetzen wollen und müssen.

Meine Damen und Herren, deswegen lautet die Botschaft an die Menschen: Die Preise müssen stabil bleiben. Energie darf nicht zu teuer werden. Unternehmer und Wirtschaft müssen wissen, welche Rahmenbedingungen wir setzen, und zwar in der längerfristigen Perspektive, dass sie hier investieren können, dass es ein guter Standort ist und dass wir gemeinsam eine gelingende Energiewende wollen, dass wir den Klimaschutz wollen, aber auch ein offenes Ohr für die Belange derer haben, die hier in Bayern Arbeitsplätze schaffen. Das ist unser Ziel, und dafür stehen wir.

Wir lehnen Ihren Antrag ab. Die nationale CO₂-Bepreisung wäre genau das Falsche, würde zu Wettbewerbsnachteilen führen und wieder die energieintensiven Industrieunternehmen in die Bredouille bringen.

(Alexander König (CSU): Herr Kollege Holetschek wäre ein sehr guter Wirtschaftsminister!)

Deswegen können wir schon aus diesem Grund dem Antrag nicht zustimmen. Dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Holetschek, bitte bleiben Sie am Pult. – Der Kollege Martin Stümpfig hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Holetschek, ich möchte Sie noch einmal fragen: Der Bericht der Kohlekommission kam am Samstagmorgen raus, 99 Seiten; ich hätte schon erwartet, dass Sie den zumindest lesen. Das haben Sie anscheinend nicht getan; denn sonst hätten Sie mir sagen können, was an dem Bericht falsch ist. Der Bericht sagt ganz klar: Wir gehen in ein neues Energiezeitalter. Es kann nicht mehr sein, dass wir zum Beispiel Strom 25 Mal höher besteuern als Heizöl. Es kann nicht sein, dass wir für die Einspeicherung von Strom in Energiespeichern EEG-Umlage zahlen und genauso wieder für das Ausspeichern. Das sind die Probleme, die wir heutzutage haben.

(Alexander König (CSU): Dem reicht die Redezeit nicht aus, um das zu erklären!)

Das ist die Sektorkopplung, das ist Power-to-X, wo wir die Wege aufzeigen müssen. Darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Sie hacken wieder auf irgendetwas herum, was ich überhaupt nicht gesagt habe. Deswegen noch einmal klar die Frage: Was ist Ihr Problem mit dem Bericht der Kohlekommission? Sind Sie bereit, in das neue Energiezeitalter einzutreten?

Noch einmal zu 10 H: Sie sagen von sich aus, dass die Windkraftträder keiner vor seiner Haustür haben will. Aber wir haben in Bayern ganz viele Haustüren. Und wenn es keiner vor der Haustür haben will, dann ist es die Aufgabe der Politik, Sinn und Zweck zu erklären, die Menschen mitzunehmen und nicht zu sagen: Schwarzer Peter an die Kommune, macht doch mal einen Bebauungsplan.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Laber, laber!)

Lesen Sie die Begründung der Bürgerinitiative in Wertingen, die sagt, 10 H ist geschaffen worden, damit keine Windkraftanlagen mehr entstehen. So kommt das draußen bei den Bürgern an.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich habe weder vom Kollegen Ludwig noch von Ihnen eine Begründung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag gehört. Sie haben zum Schluss noch einmal gesagt: synchron mit dem Netzausbau. Das heißt, wenn der Netzausbau nicht nachkommt, bremsen wir wieder bei den erneuerbaren Energien. Mit dieser Begründung können wir Ihrem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Stümpfig, natürlich habe ich den Bericht nicht in jedem Detail gelesen. Aber ich habe ihn doch angeschaut.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ja, Entschuldigung, wenn Sie das machen, ist das okay. Ich versuche, mir in der Zeit, die ich zur Verfügung habe – seien wir als Parlamentarier ehrlich, mal haben wir mehr, mal weniger Zeit –, den Sachverhalt so zu erschließen, dass ich fundiert zur Faktenlage Stellung nehmen kann. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir in vielen Punkten diesem Bericht zustimmen. Der Kohleausstieg ist ein Thema, bei dem wir konsensual

sind. Das sieht der Ministerpräsident so. Auch bei der Kernenergie sehen wir das so. Aber wir sehen einzelne Punkte, zum Beispiel die CO₂-Bepreisung, anders, als Sie das in Ihrem Antrag beschrieben haben. Im Berliner Koalitionsvertrag steht, dass das zumindest auf der Ebene der G20-Staaten erfolgen soll oder global, aber eben nicht in einem kleinen Bereich, der sich negativ auf unsere Wirtschaft auswirkt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist das Entscheidende, und da unterscheiden wir uns einfach in dem, was Sie in Ihrem Antrag darstellen. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Wir wollen, dass die Wirtschaft in unserem Land weiter die Chance hat, Standorte auszubauen und Arbeitsplätze zu schaffen. Es reicht schon, wenn wir die Leitindustrie mit den Automobilen kaputtreden. Meine Damen und Herren, wir müssen das nicht an jeder Stelle tun.

(Beifall bei der CSU)

Es ist nicht an jeder Stelle notwendig, dass wir uns selber beschädigen, was andere nicht tun.

Ich höre Ihnen immer zu. Die 10 H sind, mit Verlaub, vielleicht ein Textbaustein, der bei Ihnen im Computer ist. Der kommt in jeder Rede und in jedem Ausschuss.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Entschuldigung, ich erkläre Ihnen auch das noch mal sehr gerne: Bürgerbeteiligung vor Ort und Planungsrecht der Kommunen heißt eben gerade, die Bürger einzubinden. Wenn ich von einem Standort überzeugt bin, dann kann ich in der Kommune – und da findet tatsächlich die Graswurzelpolitik statt – den Menschen erklären, warum ich das brauche, und dann nehme ich sie mit. Das ist die ideale Voraussetzung, um Bürger von Projekten zu überzeugen. Und so soll es auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Holetschek. Bleiben Sie bitte noch am Pult. Der Abgeordnete Swoboda von der AfD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Geschätzter Kollege Holetschek, gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung. Ich möchte herausfinden, ob Sie vielleicht mit mir oder vielleicht sogar mit meiner Partei in manchen Punkten übereinstimmen.

Das, was wir von diesen grünen Biedermännern und Brandstiftern hören im Bereich der Energiepolitik – –

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich möchte jetzt mal deutlich machen, wie das bei mir angekommen ist: Sie wollen, dass die kleinen Bürger, der Mittelstand und die Industrie mehr für Energie bezahlen. Sie wollen höhere Preise bei Strom. Das haben Sie mittlerweile erreicht. Schauen Sie auf unsere Stromrechnungen mit 29 Cent für die Kilowattstunde, dann wissen Sie, was ich meine. Das müssen wir alle bezahlen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie haben jetzt erklärt, dass Sie auch das Heizöl verteuern wollen. Wissen Sie, was –
–

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, darf ich Sie darauf hinweisen, dass sich die Zwischenbemerkung an den Redner am Pult richtet?

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich wollte ihn fragen, ob er meiner Meinung ist. – Gestatten Sie mir noch zum Schluss die Frage: Um was geht es uns noch, wenn wir an die Energiewende denken? – Wir wollen, dass sich unsere Bürger die Energie noch leisten und sie bezahlen können und dass die Industrie einen Strom mit immer gleicher Frequenz bekommt und Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Sie wollen das offensichtlich auch, aber unsere Kollegen von den GRÜNEN wollen das nicht.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Holetschek, Sie haben das Wort.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Swoboda, ich muss Ihnen mitteilen, dass Schnittmengen zwischen der CSU und Ihrer Partei so gut wie nicht vorhanden sind. In der Sache habe ich versucht, meine Meinung darzulegen. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Holetschek. – Das Wort hat Herr Kollege Mannes von der AfD.

Gerd Mannes (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Dem Plan, bis zum Jahr 2038 komplett auf Kohle zur Stromerzeugung zu verzichten, liegt kein konkreter Plan der Bayerischen Staatsregierung zugrunde. Dieser Verzicht wäre eine Fortsetzung der plan- und kopflosen Energiepolitik, wie sie seit dem Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2011 betrieben wird. Seit dem Jahr 2000 musste Bayerns Industrie fast eine Verdreifachung der Strompreise hinnehmen. Der Einsatz regenerativer Energien ist sinnvoll, da die fossilen Energieressourcen endlich sind. Dem Kohleausstieg liegt kein Plan zugrunde, wie und mit welchem Energiemix Bayern in Zukunft die Energieversorgung von Industrie und Haushalten preislich vernünftig sicherstellen will. Wind- und Solarenergie liefern nur unzuverlässig Strom und nicht notwendigerweise dann, wenn dieser gebraucht wird.

(Beifall bei der AfD)

Weder ist eine Energiespeicherung in großem Umfang möglich noch gibt es einen Plan, um diese Speicherung möglich zu machen. Dem Ausbau der aktuell einzigen grundlastfähigen erneuerbaren Energien, nämlich Wasserkraft und Biogas, sind von Natur aus Grenzen gesetzt. Auch mit dem Energietransport von Nord nach Süd ist die Staatsregierung nicht weitergekommen. Dies gefährdet den unbegrenzten und dauerhaften Zugang von Haushalten zur Stromversorgung. Die Gefahr ist groß, dass Verbraucher nur noch zu bestimmten Zeiten Strom zur Verfügung haben. Schwerwiegender ist jedoch, dass dadurch der gesamte Industriestandort Bayern gefährdet wird. Einerseits wandern energieintensive Industrien aus Kostengründen ab, andererseits wird die dauerhafte Grundversorgung von Industriebetrieben gefährdet.

Neben der Versorgungssicherheit muss vor allem an sichere Arbeitsplätze und eine bezahlbare Energieversorgung gedacht werden. Für den Erhalt des Industriestandorts Bayern ist die kostengünstige und zuverlässige Energieversorgung ein entscheidender Faktor. Statt neuer Energieutopien müssen endlich konkrete Pläne her, mit welchem Energiemix Bayern in Zukunft versorgt wird, einschließlich Stromexport und Stromimport. Dafür ist nach derzeitiger Planung ein entsprechendes Netz für den Stromtransport notwendig. Die Gefahr ist groß, dass nach der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke eine zuverlässige und qualitativ hochwertige Energieversorgung, insbesondere die Versorgung in der Grundlast, wegen der Versäumnisse für Bayern sehr kritisch wird.

Die Jahreshöchstlast in Bayern, das ist der maximale Strombedarf, liegt bei 12,7 Gigawatt. Ab Ende 2022 wird im Freistaat nach heutigen Erkenntnissen nur noch eine gesicherte Leistung von 8 Gigawatt erzeugt werden. Eine Laufzeitverlängerung der aktuell betriebenen Atomkraftwerke wäre aus unserer Sicht empfehlenswert. Auch wegen der günstigen Erzeugungskosten von 3 Cent für abgeschriebene Atomkraftwerke wäre dies eine spürbare Entlastung für Haushalte und Industriekunden und würde das Vertrauen in die Politik und die Demokratie stärken.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD lehnt den Antrag "Kohleausstieg jetzt umsetzen" ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Ich erteile Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Holetschek, es ist schon ein bisschen merkwürdig. Sie sagen wenig über die Kohlekommission und stellen einen bemerkenswerten Konsens aus Klimaschutz, Arbeit und Wirtschaft her. Dieser Konsens ist gut, richtig und wegweisend. Jetzt stellen Sie sich mit erhobenem Zeigefinger hin und sagen, der Antrag der GRÜNEN wäre Blabla. Sehen Sie sich einmal Ihren eigenen Antrag an! Da steht überhaupt nichts drin.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Warum sage ich "mit erhobenem Zeigefinger"? – Wer hat denn die Trassen ohne Ende verzögert? – Das waren Sie! Wer hat die Windkraft zu Grabe getragen? – Das waren Sie mit der 10-H-Regelung!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist Fakt! Warum haben Sie das getan? – Da ging es nicht um Planungssicherheit oder Sachverstand. Sie haben das aus rein populistischen Gründen getan, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Klaus Holetschek (CSU): Warum wählen die Menschen in Bayern die SPD nicht, wenn Ihre Politik so gut ist?)

Sie haben die Bürger daran nicht beteiligt, sondern sie nur auf die Palme gebracht. Die sitzen übrigens zum Teil noch auf der Palme. Schauen Sie erst einmal, dass Sie die wieder runter kriegen!

(Klaus Holetschek (CSU): Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

– Grölen Sie nicht immer dazwischen; das ist irgendwie doof. – Herr Ludwig, danke für die erste Rede, die Sie hier gehalten haben. Sie sagen, Sie hätten eine klare Haltung. Thorsten Glauber ist leider nicht mehr da. Thorsten Glauber hat mit dem Wirtschaftsminister über Jahre hinweg gegen die 10-H-Regelung gekämpft, und das aus gutem Grund. Sie haben dagegen sogar geklagt. Deshalb ganz ehrlich: Sie haben sich viel zu billig verkauft, um jetzt in der Regierung zu sitzen. Das ist unheimlich schade.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und der CSU, formulieren Sie erst einmal Ihre Ausbauziele für die Windkraft. Wie soll denn die Ausweitung des Südkontingents tatsächlich ausgestaltet werden? Werden Sie bitte konkret! Ihr nachgezogener Dringlichkeitsantrag ist definitiv nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat Herr Kollege Albert Duin von der FDP.

(Zuruf von der FDP: Er heißt Duin wie "dünn"!)

– In Ordnung. Das Wort hat Herr Kollege Albert Duin von der FDP.

Albert Duin (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Genau, so dünn bin ich nicht. Das stimmt. Ich werde mir das merken. In der letzten Woche war ich aufgeregt, da hat das Mikrofon gelitten. Heute ist das nicht mehr so.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mir den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN sehr genau durchgelesen und war überrascht, wie viele Punkte der Beschlusslage der FDP ich wiedergefunden habe. Ich habe gedacht: Da können wir ohne Weiteres zustimmen. Aber dann bin ich in die Tiefen gegangen. Mir fehlt komplett der Netzausbau, also die Links aus Norddeutschland. Diese fehlen komplett, wir

brauchen sie aber unbedingt. Wir tun gerade so, als ob wir im Jahr 2023, wenn die Atomkraftwerke weg sind, einfach nur den Schalter umlegen müssten, weil genügend andere Energie verfügbar ist. Dem ist nicht so. Uns werden in den Jahren 2022 und 2023 40 Terawattstunden Strom im Jahr fehlen.

Diesen Strom können wir bei der Industrie in keinem Fall einsparen. Soll die Industrie Anlagen abschalten, wie das zum Teil heute praktiziert wird? Wir schalten heute Aluminium- oder Kupferwerke ab, damit wir genügend Energie zur Verfügung haben. Das kann nicht sein. Positiv ist: Endlich sprechen die GRÜNEN einmal an, dass die Preise für den Strom sinken müssen. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall. In der Vergangenheit gingen die Preise bei den GRÜNEN immer nach oben.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer positiver Punkt ist die Sektorkopplung Power-to-X. Über dieses Thema reden wir immer wieder. Des Weiteren wird über Gaskraftwerke gesprochen. Auch das Gas gehört zu den endlichen Ressourcen. Leute, schaut euch einmal Holland an! Ich selbst bin Ostfriesen, das habe ich schon erwähnt. Dort oben sind die Blasen leer, und der Boden sinkt ein. Kann das unser Wille sein, dass wir aus anderen Ländern Gas importieren, um dann in diesen Ländern Probleme zu bekommen? Das kann es nicht sein.

Im ersten Moment war ich der festen Überzeugung, wir könnten diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Dann habe ich aber festgestellt, dass es leider in vielen Details fehlt. Wir können uns die Köpfe heiß reden. Durch das Reden wird die Energieversorgung der Zukunft nicht gesichert, sondern durch Taten. Wir können uns ideologisch prügeln und kloppen. Entscheidend ist aber die Frage: Wie sichern wir die Energieversorgung der Zukunft? Wir werden dazu noch eine Menge tun müssen. Wir werden zu diesem Thema einen Gesetzentwurf einbringen, der alle diese Punkte enthält.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Duin. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatssekretär Roland Weigert.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen der gesamten Energiediskussion ist viel und auch hoch emotional gesprochen worden. Lassen Sie noch einige Feststellungen vonseiten des Wirtschaftsministeriums, des Energieministeriums, zu. In Anbetracht meiner Heiserkeit versuche ich, mich wirklich kurzzufassen.

Meine Damen und Herren, wir haben den Bericht der Kohlekommission gehört. Es gilt, die Empfehlungen der Kohlekommission für einen neuen Schub beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu nutzen. Mit dem vorliegenden Abschlussbericht haben wir jetzt eine klare Perspektive für den Ausstieg aus der, wie wir heute vielfach gehört haben, klimaschädlichen Kohlestromversorgung.

(Alexander König (CSU): Ihr habt wohl ein schlechtes Klima im Ministerium! Das schlägt auf die Stimme!)

– Man könnte meinen, im Ministerium herrscht ein schlechtes Klima, das auch die Stimme betrifft; dem ist aber nicht so.

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung unterstützt diesen Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohlestromversorgung. Jetzt ist es wichtig, dass die Empfehlungen der Kommission als Steilvorlage zum Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt werden. Das, was heute immer wieder angeklungen ist, ist durchaus richtig. Ziel muss es sein, neuen Schwung zu erreichen. Allerdings meine ich auch, dass die Weichen dafür im Koalitionsvertrag gestellt wurden. Beim Energiegipfel des Wirtschaftsministeriums, der im Dezember vergangenen Jahres stattgefunden hat – Kollege Holetschek hat es völlig zutreffend angesprochen –, ist, wie auch ich meine, ein wahrnehmbarer Startschuss erfolgt.

Wir wollen die Energiewende, wir wollen sie auch dezentral, und wir wollen sie insbesondere auch mit der Wertschöpfungsmöglichkeit vor Ort. Das heißt für uns: Wir wollen sie nachhaltig, wir wollen sie mit ökologischen Effekten, wir wollen sie mit ökonomischen Effekten, und wir wollen sie unter Berücksichtigung des sozialen Sektors.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Bund ist nun gefordert, ein schlüssiges Konzept vorzulegen. Bayern kann hier sicherlich noch viel erreichen, aber – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich gestatte sie gerne und hoffe, meine Stimmkapazität reicht noch aus.

Gerd Mannes (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie reden davon, dass Sie klimafreundliche Gaskraftwerke rentabel betreiben wollen. Frage eins: Wie wollen Sie das machen? Frage zwei: Was soll der Strommix kosten, wenn Sie sie so betreiben, wie Sie sich das vorstellen?

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich werde im weiteren Verlauf noch auf diese Fragen zu sprechen kommen, nämlich im Zusammenhang mit der Systematik der Steuern und Umlagen und der Abgaben. Sie haben mich unterbrochen. Wir werden das im Rahmen der Konzepte, die wir hierzu bereits erarbeiten, berücksichtigen. Dazu wird es zu einem späteren Zeitpunkt noch etwas geben.

Dieses schlüssige energiepolitische Rahmenkonzept des Bundes ist also fundamental. Das hat meines Wissens auch die Vorgängerregierung in der letzten Wahlperiode bereits mehrfach gegenüber der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung gefordert. Wesentlich ist, dass das System der Steuern, Umlagen und Abgaben reformiert wird. Wir wollen mehr Anreizpolitik für die Speichertechnik. Das steht völlig außer Frage.

Wir wollen insbesondere eine Anreizsystematik für die Gaskraftwerke, die, wenn wir eine Generation weiterschauen, ohne Zweifel eine Brückentechnologie sein werden und auch sein müssen. Insbesondere wollen wir Versorgungssicherheit.

Vorhin ist die Windkraft mit der 10-H-Regelung angesprochen worden. Ich war jetzt zehn Jahre Landrat. Ich habe mit der kommunalen Politik vor Ort viel zu tun gehabt. Gesellschaftliche Realität ist auch, dass Energieverhaltensweisen Konsummuster reflektieren und dass Menschen ihre Konsummuster ändern müssen. Aber wir können den Menschen andere Konsummuster nicht mit der Knute aufzwingen. Wesentlich ist, dass wir die Menschen von der Energiewende überzeugen. Auch wenn vorhin erwähnt worden ist, dass Thorsten Glauber und Hubert Aiwanger in der vergangenen Wahlperiode gegen die 10-H-Regelung vorgegangen sind, bin ich der festen Überzeugung, dass uns das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung als ein Bottom-up-Prinzip die beste Möglichkeit bietet, dass wir im Dialog mit den Menschen vor Ort zu einer nachhaltigen Lösungsperspektive, zu einem nachhaltigen Weg kommen. Zwingen Sie den Leuten nicht die Spargel vor den Haustüren auf! Es wird seine Zeit brauchen. Die Leute werden das begreifen.

(Margit Wild (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie sind von Ihren eigenen Vorgaben zurückgewichen!)

Meine Damen und Herren, die kommunale Selbstverwaltung will ich an diesem Punkt nachhaltig stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dies ist ein Erfolgsfaktor dieses Landes, der nach dem Krieg aufgebaut wurde. Daran sollten wir nicht rütteln. Wir sollten den Leuten ein Stück weit Zeit geben, auch wenn die Zeit knapp ist, was ich nicht infrage stellen will.

(Margit Wild (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Also wollen Sie dann irgendwann wieder einmal 10 H?)

– Nein, 10 H lehne ich ab.

Meine Damen und Herren, Energiepolitik ist Umweltpolitik, das ist heute angesprochen worden. Energiepolitik ist Klimapolitik. Dem stelle ich mich ohne Wenn und Aber.

(Zurufe von der FDP: Der Abschaffung? – Alexander König (CSU): Es ist nicht ganz klar, ob Sie die 10-H-Regelung abschaffen wollen!)

– 10 H akzeptiere ich in der Regel, wie sie ist, dergestalt, dass die Kommunen im Kontext der kommunalen Selbstverwaltung diese Sachen einführen können, aber nicht müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dazu muss man die gesetzliche Regelung gut kennen und das Baugesetzbuch lesen.

Meine Damen und Herren, ich habe es gesagt: Energiepolitik ist Umweltpolitik, ist Klimapolitik ohne Wenn und Aber. Auch wir im Wirtschaftsministerium orientieren uns hieran. Aber Energiepolitik ist insbesondere Standortpolitik. Hierbei geht es um Wertschöpfung, um die Wertschöpfungsfähigkeit in der Zukunft, im globalen Kontext, im globalen Wettbewerb. Deshalb steht für uns auch die Bezahlbarkeit, die wirtschaftspolitische Dimension, bei allen unseren Aktivitäten in diesem Politikfeld im Fokus.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ohne Zweifel ein Kulturland, Bayern ist ohne Zweifel ein Naturland, aber Bayern ist insbesondere auch ein Technologieland und soll es auch in Zukunft bleiben. Die industrielle Wertschöpfung ist ein bedeutender Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Diesen wollen wir sichern und durch eine nachhaltige Entwicklungslinie nicht gefährden. Deswegen muss ich den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN sagen: Die Ausweitung der CO₂-Bepreisung im nationalen Alleingang ist nach meiner festen Überzeugung ein Irrweg. Diese Botschaft kann ich Ihnen nicht ersparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Folgen eines nationalen Alleingangs wären nämlich Arbeitsplatzverluste und insbesondere auch Emissionsverlagerung ins Ausland. Die Lösung – auch das ist bereits angesprochen worden – muss im internationalen Kontext gesucht werden. Kollege Holetschek hat es vorhin gesagt. Ich bin der Meinung, dass sie insbesondere im G20-Kontext zu suchen ist. Darin sind wir uns auf der Ebene der Staatsregierung und auch mit dem Bund einig. Alles andere wäre klimapolitische Symbolpolitik, und die hilft uns nicht weiter.

Deshalb ist der Antrag der GRÜNEN meiner Meinung nach abzulehnen und dem gemeinsamen Antrag der Koalitionäre zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte noch für eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten von Brunn am Rednerpult.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin bestürzt über Ihre Ausführungen.

(Zurufe bei der CSU: Oh!)

Angesichts der Probleme, die wir haben, angesichts des Versagens beim Klimaschutz und einer Energiewende, die die Staatsregierung in der letzten Legislaturperiode in den Sand gesetzt hat, kommen Sie im Grunde mit Lobbypolitik.

Es geht doch darum, unsere Industrie so umzubauen, dass sie zukunftsfest ist, dass sie nachhaltig funktioniert und dass sie klimafreundlich ist. Das ist doch der Weg in die Zukunft. Ihre Energiepolitik wird dazu beitragen, dass wir ab 2022, nach der Abschaltung des letzten bayerischen Atomkraftwerks, eine Versorgungslücke bekommen. Die Folge davon wird wahrscheinlich sein, dass für die Menschen in Bayern die Strompreise steigen. Dafür tragen Sie die Verantwortung, auch Sie als FREIER WÄHLER, weil Sie in der Frage von 10 H umgefallen sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Kollege von Brunn, bei der 10-H-Thematik sind wir nicht umgefallen, zumindest ich nicht. Ich gehöre erst seit dieser Wahlperiode der Staatsregierung und dem Landtag an.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich stehe zur 10-H-Regelung, wie sie jetzt ist, ohne Wenn und Aber.

Nun zur Industriepolitik, Herr Kollege von Brunn: Wir wollen die Energiepolitik so gestalten, dass die Industrie nachhaltig weiterbestehen kann und wettbewerbsfähig ist. Das steht völlig außer Frage. Ich meine, wir sind im Hinblick auf das Was völlig einig. Nur das Wie unterscheidet uns. Es gibt eben keinen monokausalen Zusammenhang, sondern multikausale Zusammenhänge. Das entsprechend abzuwägen ist die Kunst. Dazu stehen wir, die Staatsregierung und die FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatssekretär Weigert. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/211 – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/228 – das ist der interfraktionelle Antrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen des BÜNDNIS-

SES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.